Der Landrat

Kreis Gütersloh
weltgewandt & bodenständig

Beratungsergebnis

der 17. Sitzung des Kreisausschusses
am Montag, dem 21.11.2022

Zu Sitzungsbeginn:

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragten die CDU- und die FWG-UWG-Fraktion die Tagesordnungspunkte

6. Umsetzung von Klimafolgenanpassungsmaßnahmen
- DS-Nr.: 5829 -

7. Intensivierung der Energieberatung im Zuge von ALTBAUNEU
- DS-Nr.: 5827 -

8. Energieberatung für Photovoltaik-Anlagen auf Gewerbedächern
- DS-Nr.: 5826 -

10. Stellenmehrbedarf in der Abteilung Umwelt
- DS-Nr.: 5830 -

sowie

11. Stellenmehrbedarf in der Abteilung Straßenverkehr
- DS-Nr.: 5823 -
Beschaffung von mobilen Geschwindigkeitsdisplays
- Antrag der FDP-Fraktion vom 02.11.2022
- DS-Nr.: 5823/1 -
Alternativvorschlag zum Antrag der FDP-Fraktion vom 02.11.2022
- DS-Nr.: 5823/2 -

von der Tagesordnung abzusetzen und zu den Haushaltsplanberatungen in die Fachausschüsse zurückzuverweisen.

Die CDU-Fraktion trug vor, dass man sich nicht im Vorgriff auf den Haushalt festlegen wolle, indem man inhaltlich bereits Punkten zustimme, auch wenn die Beschlussvorschläge einen Vorbehalt zur Haushaltsmittelbereitstellung enthielten. Hierüber müsse in Kenntnis des Haushaltsplanentwurfes sowie aller Änderungen diskutiert werden. Sie betonte, dass es ihr ausschließlich um das Verfahren gehe und damit keine inhaltliche Positionierung zu den Vorlagen verbunden sei.

Die SPD-Fraktion warf die Frage auf, warum der Tagesordnungspunkt 10 abgesetzt werden solle. Gegenstand sei lediglich eine Mitteilungsvorlage der Verwaltung, deren Informationen für die Haushaltsplanberatungen von Bedeutung seien. Ihres Erachtens sollte diese zur Kenntnis genommen werden. Die CDU-Fraktion erklärte daraufhin, den Tagesordnungspunkt versehentlich genannt zu haben.

Ferner erläuterte die SPD-Fraktion, dass sie gegen die Absetzung der Tagesordnungspunkte stimmen werde, da auch die politische Dimension eine Rolle spiele.

Die GRÜNE-Fraktion vertrat die Auffassung, dass man als Empfehlung für die Haushaltsplanberatungen derartige Beschlüsse durchaus fassen könne und ein politischer Schaden auch dadurch entstehen könne, dass man nicht von vornherein klare Position beziehe. Da sie keinen Beschluss fassen wolle, der dann möglicherweise nicht die Mehrheit widerspiegele, werde sie sich bei der Abstimmung enthalten.

Auf Nachfrage der SPD-Fraktion bestätigte die Verwaltung, dass sie grundsätzlich gestaltbare oder freiwillige Ausgaben nicht im Vorhinein in den Haushalt aufnehme. Allerdings werde sie zu den Haushaltsplanberatungen der Fachausschüsse Veränderungslisten vorlegen, in der die entsprechenden Positionen aufgeführt seien. Sofern zu einem Punkt bereits ein inhaltlicher Beschluss vorliege, werde bei den Haushaltsplanberatungen auf diesen hingewiesen. Abgelehnte Beschlussvorschläge bringe sie hingegen gar nicht erst ein.

Der Landrat teilte mit, dass er sich bei der Abstimmung enthalten werde.

Die FDP-Fraktion äußerte, dass sie bereits über die Tagesordnungspunkte entscheiden könne. Da sie aber keinen zeitlichen Nachteil darin sehe, die Tagesordnungspunkte abzusetzen, werde sie den Antrag der CDU- und FWG-UWG-Fraktion unterstützen. Auf ihre Nachfrage stellte die CDU-Fraktion klar, dass sich die Absetzung auch auf die Beschaffung von Geschwindigkeitsdisplays beziehe.

Die FWG-UWG-Fraktion ließ wissen, dass sie sich bei allen Tagesordnungspunkten mit haushaltsrechtlicher Relevanz enthalten werde. Von den abzusetzenden Punkten könne sie zwar vieles inhaltlich mittragen, jedoch müsse erst einmal die finanzielle Situation betrachtet werden.

Die AfD-Fraktion erklärte, sich ebenfalls bei der Abstimmung zu enthalten.

Sodann ließ der Landrat über die Absetzung der Tagesordnungspunkte 6, 7, 8 und 11 von der Tagesordnung abstimmen.

Ergebnis: 8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 5 Stimmenthaltungen

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

10. Stellenmehrbedarf in der Abteilung Umwelt - DS-Nr.: 5830 -

Ergebnis: Zur Kenntnis genommen